

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Friedrich Hartmann
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 12 34 5 6

Bezugspreis bei Abnahme eines Jahres 3,00 Mk. (einschließlich 70 Pf. für Transport), bei Abnahme eines Monats 0,25 Mk. (einschließlich 10 Pf. für Transport) bei sonstigen Abnahmen halbjährlich 1,50 Mk., vierteljährlich 0,75 Mk., wöchentlich 0,10 Mk., einschließlich der sonstigen Gebühren. Die werblichen Anzeigen werden nach Vereinbarung des Verlegers angenommen. Die Anzeigenpreise sind ohne Mehrwertsteuer. Die Druckkosten der Anzeigen werden nach Vereinbarung des Verlegers übernommen.

Druck u. Verlag: Rudolf & Richard, Dresden, Postfach-Nr. 1048. Telefon: 12 34 5 6. Die Zeitung ist für den Fernverkehr durch die Deutsche Reichspostanstalt (Berlin, Postfach-Nr. 400) als Zeitung für den Fernverkehr eingetragelt. Die Abnahme der Zeitung ist durch den Postfachbesitzer zu erklären.

Berlin wendet sich an die Signatarmächte

Die Auflösung des Memellandtages ungefährlich

Berlin, 23. März. Die ungefährl. Auflösung des Memelländischen Landtags hat zu Protestschritten der deutschen Regierung in Rom, Paris, London geführt. In diesen Protesten wird darauf hingewiesen — und zwar in Übereinstimmung mit dem letzten gemeinsamen Schritt der Unterzeichnermächte in Rom —, daß das Direktorium Simat im Widerspruch zum Memellandtag gebildet worden ist, da es als ein ausgedehntes Kampfbündnis in Betracht zu kommen, den Memelländischen Landtag auflösen zu lassen.

Ungefährlich war also bereits die Bildung dieses Direktoriums. Ungefährlich ist ebenso die Auflösung des Landtags.

Die Unterzeichnermächte werden weiter darauf hingewiesen, daß ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung im Memellandgebiet fortbesteht, daß die Angelegenheit Völkischer das Haager Gericht beschäftigen muß und daß endlich — was nunmehr die wichtigste Frage ist — die Neuwahl zum Memelländischen Landtag vollzogen werden muß, um den Memellandtag vor sich gehen zu lassen und durch irgendwelche Maßnahmen des Direktoriums nicht gefährdet zu werden. In Berlin ist dies bereits von einer Verordnung des Gouverneurs die Rede.

Wenach Litauern, die in Memel nicht ordnungsgemäß sind, aber unter irgendwelchen Vorwänden während der Wahlzeit ins Memellandgebiet hineingekommen sind, die Möglichkeit einer beschleunigten Einbürgerung verschafft werden soll.

Auch dies würde selbstverständlich einen Verstoß gegen den hiesigen Wortlaut und Sinn der Weisungsbestimmungen bedeuten. Vielmehr wird zu überlegen sein, ob nicht stattdessen eine einstweilige Verfügung seitens des Haager Gerichtshofes in Anspruch genommen werden könne.

Im übrigen wird mit Bestimmtheit erwartet, daß der litauische Außenminister Baubis seine in Genf gegebene Zusage nunmehr wenigstens in dem Punkte einhält, daß der Belagerungszustand endlich aufgehoben wird.

Litauens unerhörter Rechtsbruch

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. März. Die Berliner Blätter wenden sich heute einmütig gegen den neuen unerhörten Rechtsbruch, den sich die litauische Regierung und der Gouverneur des Memellandgebietes mit der Auflösung des Memelländischen Landtags haben zuschulden kommen lassen. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt, daß dieser neue Rechtsbruch mit Zurückzuführen sei auf die ändernde deutsche Außenpolitik und daß angesichts dieser Tatsache förmlich festgestellt werden müsse, daß der Zusammenbruch der von der Reichsregierung in der Memelfrage betriebenen Politik nun nicht mehr länger abgelehnt werden könne und daß jeder aber nie der Augenblick gekommen sei, die von Herrn Dräning angeforderten Gegenmaßnahmen gegen die Litauer zu ergreifen. Die litauische Regierung erhebt auch der Berliner „Volkswacht“, der außerdem auf die Pläne der Litauer hinweist, die Wahl eines neuen Landtags durch alle Litauer im litauischen Sinne zu beeinflussen. Die „DWZ“ erklärt, daß es Pflicht der deutschen Regierung sei, die Mächte dauernd über die neuen Rechtsbrüche der litauischen Regierung auf dem laufenden zu halten, und darauf hinzuwirken, wie Litauen alle Maßnahmen, sich an das Memellandstatut zu halten, in den Wind schlägt. Es sei ein

trauriges Zeichen der Zeit, daß ein erst kaum entdeckter Staat wie Litauen wochenlang die Großmächte in beleidigender Form mißachtet könne. Die „Berliner Morgenzeitung“ erklärt, daß die Entwicklung durchaus die befürchtete Richtung genommen habe, und befürchtet sich bereits ausführlich mit der von den Litauern geplanten Wahlbeeinflussung bei der Neuwahl des Landtags. Das Blatt zitiert einen in einem litauischen Arbeiterorgan veröffentlichten Aufruf, in dem es heißt: Litauische Arbeiter, befehlt euch, die memelländische Bürgerchaft zu erwerben. Wenn nicht, so werdet ihr Fremde im Memelland sein und die Deutschen werden über euch herrschen. Das litauische Blatt betont fernerhin, daß neue Direktorien habe eine P a s s e r o r d n u n g erlassen, auf Grund deren alle großlitauischen Arbeiter und Angestellte ohne Verzögerung die memelländische Staatsbürgerchaft erwerben könnten. — Auch die demokratischen Blätter und selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“ begrüßen den neuen Rechtsbruch der litauischen Regierung sehr.

Neuwahlen zum Landtag am 4. Mai

Rom, 23. März. Die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag sind nach einer am heutigen Mittwoch erlassenen Verfügung des Gouverneurs auf den 4. Mai festgesetzt worden. Gemäß § 11 der Memellandkonvention werden die Wahlen zum Memelländischen Landtag auf Grund des in Litauen geltenden Wahlsystems durchgeführt.

Es heißt also die Möglichkeit, daß eine Anebenkung durch das geplante neue Wahlgesetz eintritt.

Für die Stimmung, die nach der Auflösung des Landtags in Rom herrscht, war es bemerkenswert, daß in den Kreisen der Sowjeter Vertreter der Unterzeichnermächte als Folge der Landtagsauflösung zwar der Ausdruck von Unruhen im Memellandgebiet beklagt wurde, aber die kurz vorher von ihnen durch den gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung gemachte Warnung wegen der Folgen einer solchen Landtagsauflösung nur noch eine untergeordnete Rolle spielte. Man hat den Eindruck, daß der Schritt der Signatarmächte doch kaum mehr als eine Geste gegenüber Deutschland gewesen sei.

Die Benesch-Rede zum Donauebundplan

Tardieu vergab die wirtschaftliche Seite

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. März. Die Rede, die der tschechoslowakische Außenminister Benesch vor den Prager Kammerauschüssen gehalten hat, hat wegen ihrer Stellungnahme zu den Tardieuschen Vorläufingen naturgemäß das lebhafteste Echo in allen an den Fragen des Donaubaums interessierten Staaten gefunden. In Berlin weist man darauf hin, wie sehr Tardieu namentlich die wirtschaftliche Seite der ganzen Angelegenheit außer Betracht gelassen habe, da sonst ein Mann wie Benesch, der im Prinzip der französischen Ansicht vollkommen beipflichtet, nicht gezwungen gewesen wäre, die wirtschaftlichen Tatsachen, über die Tardieu leicht hinwegzulaufen, nachdrücklich hervorzuheben. Für besonders wertvoll hält man es natür-

Die Zuspitzung der irischen Frage

London, 23. März. Die wegen der Haltung Irlands in der Frage des Freizeids und der Landannuitäten entstandene Krise, die so plötzlich eingetreten ist und die Hoffnung auf ein ruhiges Überleben zu zerstören droht, wird von der Presse mit viel englischer Gelassenheit erörtert.

„Times“ glaubt, daß die englische Regierung keine überhastigten Schritte tun wird. Sie werde den Standpunkt vertreten, daß bindende Abmachungen nicht durch einseitige Erklärungen außer Kraft gesetzt werden können. „Daily Telegraph“ erklärt, daß die britische Regierung im Notfall durch

Sonderzüge auf die irische Einfuhr

einen großen Teil der französischen Verluste wettmachen könnte, die ihr durch die Nichtbezahlung der irischen Landannuitäten erwachsen würden. Großbritannien nimmt ungefähr 90 Prozent der irischen Einfuhr auf.

In parlamentarischen Kreisen wird geäußert, daß der irische Freizeid durch Vereinfachung des Freizeids aufgehoben würde, ein Mitglied des britischen Gemeinwesens zu sein. De Valera hat gestern Abend im irischen Senat erklärt, die Zahlung der Landannuitäten an Großbritannien würde unter allen Umständen eingestellt werden.

Der Oberkommissar des Irischen Freistaates in London hat der Presse mitgeteilt, daß er der britischen Regierung folgendes in der Frage des Freizeids bekanntgegeben habe: Die Regierung des Irischen Freistaates ist der Meinung, daß der Eid keinen unbedingten Bestandteil des Vertrages bildet, und daß sie das unbedingte Recht hat, die Befreiung entsprechend dem Wunsch des Volkes abzuändern.

Das irische Volk hat seinen Willen unzweifelhaft erklärt.

Die Abkaffung des Eides war die Hauptfrage, die den Wählern zur Entscheidung vorgelegt war.

Der Eid ist seit Unterzeichnung des englischnachlässigen Vertrages die Ursache allen Streites und Zwistes im Irischen Freistaat gewesen. Die neue Regierung wünscht keine unbedinglichen Beziehungen mit Großbritannien, im Gegenteil, Selbst wenn die britische Regierung der Ansicht ist, daß der Eid einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages bildet, muß sie anerkennen, daß ein solcher Eid und eine solche Befreiung des Gewissens des Volkes in ihrer politischen Vereinbarung zwischen zwei Ländern vollkommen unannehmbar ist.

Der Druck der Wirtschaftskrise auf die Reichsbahn

Rückgang des Güterverkehrs bis 50 Prozent

Berlin, 23. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft trat vom 21. bis 23. März 1932 in Berlin zu einer Tagung zusammen. Er wählte den seit 1928 im Amt befindlichen Generaldirektor Dr. Ing. e. h. Doppenhauer einmütig auf weitere drei Jahre zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Der Reichspräsident hat die Wahl bestätigt. Die Beratungen über die Finanzen der Reichsbahn liegen den gesetzlichen Grundsätzen der Lage erkennen, die sich für die Reichsbahn aus der daniederliegenden deutschen Wirtschaft und der Weltkrise ergibt. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen im Januar und Februar 1932 bleibt — mit 42,4 % weniger als in den gleichen Monaten 1929 — noch weit hinter den bisherigen, schon sehr unglücklichen Annahmen zurück. Im Personenverkehr wurden 19,6 % weniger als im gleichen Zeitabschnitt 1931 und 24,5 % weniger als in 1929 verzeichnet. Noch viel mehr litt der Güterverkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 80 % und gegen 1929 beinahe 90 % anwuchs.

Die der Wirtschaft seit dem Herbst 1931 gewährten Tarifermäßigungen von über 400 Millionen Reichsmark

haben sich bisher nicht als verkehrsfördernd ausgewirkt. Bei dieser Lage muß die Wirtschaft der Reichsbahn mit äußerster Vorsicht und Sparsamkeit geführt werden. Das aus der Generaldirektion Reichsbahnankasse zu bedeckende Arbeitsprogramm in Höhe von 250 Millionen Reichsmark wird planmäßig durchgeführt.

Japans Truppen verlassen Schanghai

Tokio, 23. März. Wie aus Tokio amtlich mitgeteilt wird, hat die japanische Regierung die Absicht, die Truppen aus Schanghai sofort zurückzuziehen, ohne irgendwelche Verhandlungsergebnisse abzuwarten. Japanische Truppen für einen hinreichenden Schutz der Niederlassungen sollen jedoch in Schanghai verbleiben.

275 Todesopfer der Wirbelsturm-Katastrophe

Birmingham (Alabama), 23. März. Die Zahl der Todesopfer in den fünf vom Sturm verwüsteten Staaten beträgt nunmehr 275; man zählt 2500 Verletzte. Militärpatrouillen durchkreuzen die Stadt Montgomery, um Plünderungen zu verhindern.

lich, daß ausgerechnet Herr Benesch darauf hinweisen mußte.

Angarn für den Plan Tardieus

das irgendeine politische, den Donaubaum betreffende Kombination ohne Deutschland nicht durchzuführen sei.

Benesch geht hierbei von der Ansicht aus, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei so intensiv sind, daß sie auf keinen Fall gelöst werden könnten, ohne daß die Tschechoslowakei beträchtlichen Schaden erleide. Für sehr beachtenswert hält man auch die weitere Versicherung des tschechoslowakischen Außenministers, daß Deutschland nicht in eine Kombination gegen die Tschechoslowakei einzubeziehen werden könne. Man wird mit gutem Grund annehmen können, daß die Darlegungen des tschechoslowakischen Außenministers, die diesem sicherlich nicht leicht geworden sind, in Paris eingermahnen werden müssen. Das aber trotz der starken politischen und finanziellen Abhängigkeit, in der sich die Tschechoslowakei von Frankreich befindet, Benesch den Mut zu solchen Ausführungen fand, zeigt deutlicher als alles andere, wie gefährlichen wirtschaftlichen Unheil die Tardieuschen Pläne darstellen.

Angarn für den Plan Tardieus

Budapest, 23. März. Im Wer-Ausschuss äußerte sich heute Außenminister Dr. Balfi über den Tardieu-Plan. Der Minister stellte vor allem fest, daß die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donaustaaten noch keine bestimmten Formen angenommen habe. Den Grundgedanken des Tardieu-Planes umschrieb Dr. Balfi wie folgt: Die fünf Donaustaaten Ungarn, Desterreich, die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien sollen auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet ein System der gegenseitigen Versorgung aufbauen. Dann könnten die Ausfuhrüberschüsse der landwirtschaftlichen Staaten von den so genannten Industriestaaten teilweise übernommen werden, wobei die interessierten Staaten mit dritten Staaten ergänzende Abkommen schließen könnten.

Die Stellungnahme Ungarns zu dem Tardieuschen Plan bestehe aus drei Punkten: 1. erhoffe Ungarn von der Bewirkung des Planes bessere Abgabemöglichkeiten, 2. sei insofern der zentralen Lage Ungarns aus dem sich voranschreitend stark belebenden Durchgangsverkehr ein Nutzen zu erhoffen, und 3. dürte die wirtschaftliche Belebung auch eine Besserung der Finanzlage zur Folge haben. Die ungarische Regierung sei daher für den Plan Tardieus.

Weiter erklärte Dr. Balfi, daß die deutschen und französischen Wahlen die Vorkonferenz-Verhandlungen und die Litauer britische Weltrechtskonferenz die Bewirkung des Planes voraussichtlich etwas verzögern dürften.

1932
SLUB
Wir führen Wissen.